



Cornelia Behm Nachrichten



Informationen der Brandenburger Bundestagsabgeordneten von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Cornelia Behm

Ausgabe 14 – Juni 2009

KOLUMNE

Umwelt

**Liebe Leserin,
Lieber Leser**

die *Financial Times Deutschland* vom 4. Juni 2009 empfahl ihren Lesern zur Europawahl die Grünen zu wählen: „Wer mit seiner Stimme also sinnvolle Veränderungen vorantreiben will, kann sein Kreuzchen diesmal bei den Grünen machen. Sie sind die einzige Partei, die wirklich Ideen für Europa mitbringt – und sie könnten die Rolle des Antreibers übernehmen. Hinzu kommt: Eine stärkere Präsenz der Grünen im EU-Parlament wirkt der Verfilzung entgegen, die das Machtkartell von Bürgerlichen und Sozialdemokraten über die Jahre geschaffen hat. Das ist uns diesmal einen Vertrauensvorschuss wert.“ *Ob die Wählerinnen und Wähler nun dieser Wahlempfehlung gefolgt sind oder sich schon zuvor am Programm unserer Partei orientiert hatten, auf jeden Fall konnten wir mit 12,1 % der Stimmen unser gutes Wahlergebnis von 2004 noch verbessern. Für Brandenburg ist das ein ganz großartiger Erfolg, denn wir stellen mit Ska Keller und Elisabeth Schrödter erstmals zwei der 14 grünen EU-ParlamentarierInnen aus Deutschland. Genau so viele, wie die Brandenburger SPD nach Brüssel schickt. Auch dass wir in Brandenburg 8,4 % (2004: 7,8 %) der Stimmen errungen haben, ist ein Beleg dafür, dass das Vertrauen der Menschen in die politische Kraft der Bündnisgrünen gewachsen ist. Alte Konzepte greifen nicht mehr. Auch wenn das WUMS der Plakate vielleicht für einige unverständlich war: Es geht in die Zukunft nur mit einer Verbindung von Wirtschaft und Umwelt und das menschlich und sozial. WUMS eben!*

Ihre

Cornelia Behm

Gegen Privatisierung von Seen

Seen mit ihren weitläufigen Schilf- und vielfältigen Uferbereichen übernehmen wertvolle ökologische Funktionen. Sie dienen der Regulierung des Landschaftswasserhaushaltes und sind für die Fischereiwirtschaft unverzichtbar. Viele Bürgerinnen und Bürger engagieren sich für Pflege, Unterhaltung und die touristische Erschließung der Gewässer.

Mit dem Einigungsvertrag gingen zahlreiche Gewässer aus dem Besitz der DDR auf den Bund über. Diese Gewässer zählen nun zu seinem Finanzvermögen und werden nach und nach verkauft. Viele Gemeinden können jedoch aufgrund ihrer Haushaltslage die auf ihrem Gebiet befindlichen Seen nicht zurück kaufen. Zudem ist es den Anwohnern schwer verständlich zu machen, warum Seen, die immer als Gemeingut betrachtet wurden, mit Steuergeldern wieder zurückgekauft werden müssen.

Die Privatisierung der Gewässer birgt die Gefahr, dass Badestellen, Stege und Uferwege für die Öffentlichkeit nicht mehr nutzbar sind oder Freizeitbetätigungen auf den Seen, wie Angeln und Baden, durch private Eigentümer verboten oder kostenpflichtig werden. Die Privatisierung des Wandlitzsees im Landkreis Barnim in Brandenburg ist hierfür ein besonders drastisches Beispiel.

Gleichzeitig können Privatisierungen dazu führen, dass Fauna und Flora wirtschaftlichen Interessen weichen müssen und sich die Wasserqualität durch fehlende oder nicht sachgerechte Pflege verschlechtert. So besteht beispielsweise das Risiko, dass die neuen Besitzer im Einzelfall mit dem Erhalt der Seen, insbesondere mit der Umsetzung der EU-Wasserrahmenrichtlinie überfordert sein könnten, da die

Gewässergüte oftmals von Faktoren beeinflusst wird, die sich dem Einfluss von Privatpersonen entziehen. Allein schon die Überprüfung der Wasserqualität und deren richtige Interpretation setzt technische und wissenschaftliche Expertise voraus. Denn See ist nicht gleich See. Was für einen See im Niedermoorbereich gut und normal ist, kann in einem nährstoffarmen See schon eine ökologische Katastrophe bedeuten.

Mit einem Antrag zur Neuregelung der Gewässerprivatisierung in Ostdeutschland setzen wir uns im Bundestag dafür ein, dass Seen mit überwiegender Bedeutung für Naherholung, Naturtourismus, das umgebende Ökosystem und den Landschaftswasserhaushalt im Besitz der öffentlichen Hand verbleiben. Denn eine Verpflichtung zur Privatisierung öffentlicher Güter besteht nach dem Einigungsvertrag nicht. Es obliegt dem Bund zu entscheiden, bei welchen Gewässern das Gemeinwohlinteresse oder die ökologische Bedeutung überwiegt. Hier soll in Zukunft eine Privatisierung ausgeschlossen werden. Bis die entsprechenden Rechtsgrundlagen dafür geschaffen sind, fordern wir den Bundesfinanzminister auf, die weitere Privatisierung auszusetzen.

Viele Landschaften und Naturräume unseres Landes sind durch Seen geprägt. Sie vermitteln Heimatgefühl und sind zugleich Anziehungspunkte für Urlauber und Gäste. Doch der offene Zugang zu Seen in Ostdeutschland ist durch die Privatisierungspolitik des Bundes gefährdet.

Zugang zu Seen erhalten



**Der Reiz des Öffentlichen:
Sommerfreuden auf dem
Havelsee.**

Zeit für den Green New Deal

Die Finanzkrise ist zur Wirtschaftskrise geworden. Konkurse und zunehmende Arbeitslosigkeit sind die unmittelbaren Folgen. Die Bundesregierung versucht die Entwicklung mit zwei Konjunkturpaketen zu meistern. Doch ihre Maßnahmen verpuffen und hinterlassen horrenden Schulden im Staatshaushalt.

Konjunkturprogramme sind wichtige Instrumente, um in Krisenzeiten Märkte zu stabilisieren. Die Frage ist nur, ob man mit zig Milliarden Euro Steuergeldern weiter Beton anrührt und eine blinde Wachstumspolitik verfolgt oder sich neue, zukunftsfähige Märkte erschließt. Wir Grüne wollen jetzt Anreize für die Wirtschaft setzen, damit sie sich umweltfreundlich und ressourcenschonend auf die Märkte der Zukunft ausrichtet. Durch das Konjunkturpaket II von SPD und Union werden mit Investitionen in veraltete Industriestrukturen weiter Folgeschäden in der Umwelt provoziert und der Klimawandel verstärkt. Wir Bündnisgrüne wollen im Gegensatz dazu die Stabilisierung der Wirtschafts- und Finanzmärkte mit einem engagierten Klimaschutz, besseren Bildungsmöglichkeiten für alle und einem Mehr an sozialer Gerechtigkeit verknüpfen.

Symptomatisch für die Probleme der schwarz-roten Konjunkturpolitik ist die Abwrackprämie. Sie ist ökonomischer Unfug, weil viele ohnehin

geplante Neuschaffungen nur vorgezogen werden. Es gibt einen riesigen Mitnahmeeffekt und nach Auslaufen der Prämie wird der Neuwagenmarkt dramatisch einbrechen. Eine ökologische Lenkungswirkung hat die Abwrackprämie ebenfalls nicht. Denn die Auszahlung der Prämie ist nicht auf die Anschaffung von Fahrzeugen mit modernsten Umweltstandards und geringst möglichem CO₂-Ausstoß geknüpft. So profitiert auch jede Spritschleuder von der Abwrackprämie.

Mit dem Green New Deal haben

Green New Deal – konkret

Energie

- Energetische Gebäudesanierung aufstocken
- Stromnetze ökologisch umbauen
- Gewässer- und Moor-Renaturierung

Verkehr

- Schienennetze erneuern
- ÖPNV ausbauen
- Sanierung der Bundesfernstraßen und Ausbau der Radwege

Soziale Sicherung

- Aufstockung der Regelsätze des Arbeitslosengeld II
- Einführung einer ein-

kommensorientierten Kindergrundsicherung

Kommunalen Investitionsstau auflösen

- Investitionsoffensive in den Kommunen
- Breitband-Internet für den ländlichen Raum
- Förderung sozialer Stadtentwicklung

Bildung

- Bedarfsorientierter Ausbau der Kitas
- Schulausbau zu gebundenen Ganztagschulen
- Bessere Ausbildungsangebote
- Erweiterung der Studienplatzkapazitäten

wir ein sozial-ökologisches Reformkonzept vorgelegt, das sich nahtlos in die Nachhaltigkeitsstrategie einfügt und einen Ausweg aus der Krise zeigt.

Integrationspolitik

Für menschlichere Aufenthaltsregelungen

Erst flohen sie vor Krieg und Existenznot, dann ereilte sie auch in Deutschland die Wirtschaftskrise. Die sogenannte Altfallregelung kann das Leid vieler Migranten nicht lindern.

In Brandenburg leben Menschen, die eine Aufenthaltsgenehmigung auf Probe haben. Zu ihnen gehören vor allem Vietnamesen und ehemalige Osteuropäer. Bis zum 31. Dezember dieses Jahres müssen diese Personen nachweisen, dass sie mit ihrem Einkommen den eigenen Lebensunterhalt selbst finanzieren können. Gelingt ihnen das nicht, fallen sie in die Duldung zurück. Doch genau das gilt es zu verhindern.

Im Rahmen des Richtlinienumsetzungsgesetzes wurde im Sommer

2007 mit den Paragraphen 104a, 104b Aufenthaltsgesetz eine Bleiberechtsregelung für langjährig geduldete hier lebende Menschen geschaffen. Danach wird eine Aufenthaltserlaubnis über den 31. Dezember 2009 hinaus erteilt, wenn die Antragsteller bis zu diesem Stichtag nachweisen können, dass sie ihren Lebensunterhalt durch eine Erwerbstätigkeit eigenständig absichern können. Dazu müssen sie ein mindestens neunmonatiges Arbeitsverhältnis mit einem Einkommensniveau nachweisen, dass zur Absicherung des Lebensunterhaltes ausreicht. Wir Bündnisgrüne hatten statt einer Fristenregelung für das Bleiberecht für langjährig geduldete Ausländerinnen und Ausländer eine dauerhafte Lösung gefordert. Bei der aktuellen Bleiberechtsregelung zeichnet sich schon jetzt ab, dass viele Ausländerinnen und Ausländer ohne eigenes Verschulden die geforderten Bedingungen nicht erfüllen können. Jede Regelung ist jedoch nur dann wirksam, wenn sie in der Realität auch umsetzbar ist.

Die anhaltende Wirtschaftskrise mit ihren Auswirkungen auf den

Arbeitsmarkt trifft diesen Personenkreis besonders hart. Für viele wird es bis zum Ende des Jahres kaum möglich sein, einen den Anforderungen genügenden Arbeitsplatz zu finden. Zusätzlich haben sie mit strukturellen Barrieren zu kämpfen. Denn zum einen werden in den Herkunftsländern erworbene Schul- und Studienabschlüsse nur sehr bedingt anerkannt, zum anderen bestand jahrelang ein Arbeitsverbot für geduldete Menschen, so dass es sich größtenteils um ungelernete Arbeitskräfte handelt. Die für ungelernete Arbeitskräfte in Frage kommenden Jobs sind jedoch am unteren Ende der Lohnskala und sichern oft nicht den Lebensunterhalt.

Brandenburg muss deshalb sowohl über die Innenministerkonferenz von Bund und Ländern als auch über den Bundesrat Einfluss auf die Bundesregierung nehmen, damit noch vor der Bundestagswahl eine Fristverlängerung beschlossen wird. Eine Verschiebung der Entscheidung auf den Spätherbst nach der Konstituierung des neuen Bundestages ist eine unzumutbare Belastung für die Betroffenen.



In Brandenburg sind viele vietnamesische Familien betroffen.

Wandlitz ...

...soll endlich vollständig an das Breitband-Netz angeschlossen werden. Unter dem Motto „DSL für alle“ reiste Cornelia Behm in den Barnim, um bei einem Fachgespräch die Möglichkeiten eines schnellen Internetanschlusses auszuloten. Eine schnelle Lösung des Problems würde Einwohner in der Gemeinde halten und ihr sogar neue bescheren, das wurde ganz deutlich. Und so erntete Cornelia Behm Dank dafür, dass sie auf der Veranstaltung mehrere Initiativen miteinander vernetzte.

Petershagen ...

...war einst eine überaus wasserreiche Gemeinde. Zwar sorgt das Nass auch heute noch für üppiges Grün und idyllische Gewässer, doch so reichlich wie einst fließt es längst nicht mehr. Ziel der zweiten Konferenz zum Fredersdorfer Mühlenfließ war, den aktuellen Sachstand vorzustellen und die Aktivitäten von Wissenschaftlern, Kommunalvertretern, Lokaler Agenda und Naturschutzaktivisten für ein regionales Entwicklungskonzept zusammenzuführen.

Blumberg ...

...wurde vom Kreisverband Barnim für eine Veranstaltung zum Thema „Patientenverfügung“ mit kompetenten Podiumsgästen ausgewählt. Cornelia Behm erläuterte die aktuelle Diskussion im Bundestag um ein entsprechendes Gesetz. Welchen ethischen und rechtlichen Anforderungen ein solches Gesetz standhalten muss, wurde durch die Schilderungen persönlich betroffener Gäste deutlich.

Angermünde ...



...zieht viele Touristen an. Die Menschen genießen die Landschaft des Biosphärenreservats Schorfheide-Chorin. Der Milchviehhalter Wim Dobbe will dort einen riesigen Stall bauen und seinen Tierbestand von rund 300 auf mehr als 1600 Tiere erweitern. Cornelia Behm sprach mit ihm über Alternativen. So solle der Landwirt mehr auf Klasse statt auf Masse setzen.

Die gesicherte Verfügung

Vielen Menschen habe die Befürchtung, am Lebensende nicht mehr selbst bestimmen zu können, was mit ihnen geschieht. Sie wollen keine lebensverlängernden Therapien, nicht „an Maschinen angeschlossen“ werden, sondern in Würde sterben. Etwa acht bis zehn Millionen Menschen haben in Deutschland eine Patientenverfügung (PV) verfasst. Ärzte müssen sich bislang nicht in jedem Fall an diese Willenserklärung halten. Es gibt erhebliche Grauzonen. Deshalb ist der Ruf nach einer gesetzlichen Regelung laut geworden. Derzeit stehen im Bundestag drei verschiedene überfraktionelle Gesetzentwürfe – sogenannte Gruppenanträge – vor der Abstimmung. Die Herausforderung besteht in der Abwägung zwischen dem Selbstbestimmungsrecht des Einzelnen und der Pflicht des Staates zum Schutz des Lebens. Die drei Gesetzentwürfe enthalten auch Regelungen für die Menschen, die keine PV verfasst haben und bei denen, weil sie sich in einem Stadium der Krankheit

befinden, in dem sie sich nicht selbst äußern können, der mutmaßliche Wille ermittelt werden muss. Einer der drei Entwürfe birgt die Gefahr, dass Arzt und Betreuer einen bewusstlosen Patienten u. U. auch bei Aussicht auf Heilung sterben lassen könnten. Um dieser Fremdbestimmung zu entgehen, vertreten Cornelia Behm und Kathrin Göhring-Eckart einen restriktiven Ansatz: Soll der in der PV geäußerte Patientenwille auf Unterlassen lebensverlängernder Maßnahmen auch im Falle von Heilungschancen gelten, bedarf es einer ärztlichen und juristischen Beratung und die PV muss alle fünf Jahre erneuert werden.“



Die Patientenverfügung ist ein komplexes Thema.

Ländlicher Raum

Aus fürs Bombodrom!?

Am 27. März entschied das Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg, dass die Bundeswehr den ehemaligen sowjetischen Truppenübungsplatz in der Kyritz-Ruppiner Heide weiterhin nicht in Betrieb nehmen darf. In der mündlichen Urteilsbegründung hieß es, dass die Bundeswehr bei der Planung des Übungsgeländes tiefgreifende Fehler gemacht hätte. So wurden die Interessen der Bürgerinnen und Bürger nicht ausreichend in die Planungen einbezogen. Anhörungsrechte der Menschen bleiben außen vor. Der Richter sprach davon, dass er wenigstens ein „Planfeststellungsverfahren light“ hätte durchführen lassen, wenn er Bundesverteidigungsminister gewesen wäre.

Geht die Bundeswehr gegen das letzte Urteil in Revision, müsste eben das alles nachgeholt werden. Die Truppe wäre gezwungen mit den Bewohnern der Heideregion zu kooperieren. Ist das vor dem Hintergrund eines seit 17 Jahren andauernden Rechtsstreits möglich? Wohl nicht. Das Vertrauen ist dahin. Und selbst wenn es in den Reihen der Bürgerinitiativen gegen die Schieß-

platz Meinungen gäbe, die für eine faire Planung sprächen, wäre doch dafür keine Zeit mehr. Ein erneutes umfassendes Planverfahren würde weitere 10 bis 15 Jahre dauern. Zeit, die die Region nicht hat.

Und so stünde es dem Bundesverteidigungsminister Franz Joseph Jung gut zu Gesicht, die „Freiheit der Heide“ zu verkünden. Aus seiner Sicht wäre das vielleicht nicht konsequent. Doch wie sagte es kürzlich Franz Müntefering: „konsequent sind nur Heilige und Kriminelle“. Beides ist der Verteidigungsminister wohl nicht.



Das Gespenst des Krieges in der Heide: Zieht es von dannen?

Viele legen vor ihrem Tod schriftlich fest, was bei einer schweren Krankheit mit ihnen geschehen soll. Der Deutsche Bundestag diskutiert über diesen „vorletzten“ Willen – die Patientenverfügung.

Der Streit zwischen dem Verteidigungsministerium und „Bombodrom“-Gegnern dauert inzwischen 17 Jahre. Ob er noch vor der Wahl ein Ende haben wird?

Gefahr Bleimunition

Blei ist nicht nur eine Gefahr für Seeadler und Aasfresser, es gefährdet auch die menschliche

Gesundheit. Deshalb ist es dringend geboten, bei der Jagd auf bleifreie Munition zurückzugreifen. Das Bundesamt Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit hat bereits mehrfach festgestellt, dass Wildschweinfleisch im Handel zum Teil erheblich mit Blei aus

Bleimunition belastet ist und punktuell bis zu 10.000fach über dem zulässigen Grenzwert liegende Gehalte aufweisen kann. Offenbar dringen einzelne Geschosspartikel tief ins

Fleisch ein und sind kaum erkennbar, so dass die großzügige Entfernung des Fleisches um den Einschusskanal nicht immer ausreicht, um partielle, hohe Kontaminationen zu vermeiden. Das Nervengift Blei ist insbesondere für Kinder so gefährlich.

Kein Airboat

Als einen „deutliche Aussage zur Zukunft des Airboats auf der Oder“ bezeichnet Cornelia Behm die jüngste Stellungnahme der Parlamentarischen Staatssekretärin im Bundesverkehrsministerium, Karin Roth. In einem aktuellen Schreiben hatte sie erklärt, dass das Airboat „...ohne amtliches oder amtlich anerkanntes deutsches Kleinfahrzeugkennzeichen auf dem deutschen Teil der Oder nicht geführt werden darf.“ Aus Sicht Cornelia Behms sollte jeder, der an der Oder den Tourismus entwickeln möchte, sich am Erhalt der atemberaubend schönen Natur orientieren. Sie ist eine der wichtigsten Grundlagen der langfristigen Wirtschaftsentwicklung in der Region. Ein Airboat mit Hubschraubersound trage nicht dazu bei.

Planung mit Bürgern

Das Bundesgesetz hat die Höchstspannungstrasse durch die Uckermark nicht unter die Erde verbannt. Alle Bürger, die von der Uckermarkleitung betroffen sind, sollten sich deshalb unbedingt am Planfeststellungsverfahren beteiligen. In diesem Verfahren hat jeder die Möglichkeit, seine Interessen einzubringen. Die Unterlagen werden offen einsehbar sein. „Nur wer sich damit beschäftigt wird die Möglichkeit haben, Schäden von den Gemeinden und der Natur abzuwenden.“ so die bündnisgrüne Bundestagsabgeordnete. Laut Behm gelte es, „Vattenfall genau auf die Finger zu schauen“. Sie plädiert dafür, dass die an der geplanten Trasse gelegenen Kommunen eng mit den anerkannten Naturschutzverbänden kooperieren. Dort liege eine erhebliche Fachkompetenz.

Landwirtschaft

Milch darf nicht billiger als Wasser sein!

Macht die große Koalition, gefolgt von der FDP, die Milchwirtschaft zukunftsfähig? Wohl nicht!

CDU/CSU, SPD und FDP setzen weiter auf Massenerzeugung zu Billigpreisen – obwohl die Märkte überlaufen. Dabei gelten noch bis 2015 alle bisherigen Regulierungsinstrumente für den Milchsektor, derer sich Schwarz-Rot nur bedienen müsste. Das politische Signal in Richtung Intensivierung und Mengenwachstum ist eindeutig politisch gewollt. Der zynische Rat von Abgeordneten

der CDU/CSU, SPD und FDP an eine Delegation der demonstrierenden Milchbäuerinnen vor dem Kanzleramt lautete: Die Betriebe müssten eben ihre Kosten senken und sich am Weltmarkt orientieren.

Auch Landwirtschaftsministerin Aigner hatte beim kürzlich einberufenen Milchkrise-Gespräch mit Milchproduzenten und Verbänden auf Bundesebene keinerlei Neigung gezeigt, sich in Brüssel für konkrete Maßnahmen zur Milchmengensteuerung, so wie es die europäischen Milchbäuerinnen fordern, zu engagieren.

Mit Hinweis auf neue Märkte außerhalb der EU hatte die Bundesregierung noch vor kurzem der Erhöhung der Milchquote und dem Ende der Milchquotenregelung in der EU zugestimmt. Jetzt heißt es, man müsse auch bei der Produktionsmenge ansetzen, und 5 Prozent der Milchquote aussetzen. Wenn das alles nicht nur Wahlkampfgetöse ist! Wir können Frau Aigner nur darin bestär-

ken, den Forderungen der europäischen Milchbauern und -bäuerinnen nach einer bedarfsgerechten, qualitätsorientierten Milcherzeugung und damit einer Mengensteuerung im Milchsektor nachzukommen.

Der Milchmarkt wird von wenigen Handelsketten beherrscht. Wir brauchen deshalb auch ein neues EU-weit geltendes Wettbewerbsrecht, das Discountern untersagt, Milchprodukte unter den Entstehungskosten zu verkaufen und als Lockangebote zu missbrauchen. Und wir fordern einen sofortigen Stopp der Exportsubventionen, mit denen jetzt Milch und andere Agrarprodukte zu Billigpreisen auf die Weltmärkte geworfen werden. Diese Dumpingmethode ist nicht nur unfair gegenüber anderen Marktbeteiligten, sondern sie zerstört bäuerliche Existenzen in Entwicklungsländern. Das macht die EU bei den weltweiten Bemühungen zur Bewältigung der Welternährungskrise auch völlig unglaubwürdig.



Bündnisgrüne Demo vor dem Kanzleramt

Herausgeberin:

Cornelia Behm (V.i.S.d.P.) Wahlkreisbüro, Jägerstr. 18, 14467 Potsdam
Tel.: 0331.887 10 56, Fax: -55
Internet: www.cornelia-behm.de
cornelia.behm@wk.bundestag.de

Grafiken/Fotos:

S. 1: H. Schröder*,
S. 2: D. Wendelken*, K. U. Gerhardt,
S. 3: J. Weber*, G. Altmann*, O. Goldschmidt
S. 4: B. Winter | *Pixelio.de

Layout/Satz:

WortSchlag.net
Postfach 880135,
D - 13107 Berlin
www.wortschlag.net
Mail: service@wortschlag.net

Druck:

Druckerei
Edmund Stein GmbH
Berliner Straße 42
16540 Hohen Neuendorf

Termine von Cornelia Behm.

29. Juni

Empfang des Heimatvereins Kleinmachnow
im Bundestag

1. Juli

Podiumsdiskussion auf dem Deutschen Bauerntag
in Stuttgart

12. Juli

„Förderverein Mittlere Havel e.V.“
mit Havelbadetag
in Ketzin

16. Juli

Abendveranstaltung zur Aufarbeitung der Stasi-Vergangenheit
in Brandenburg/Havel

13. August

Kranzniederlegung zum Jahrestag des Mauerbaus
in Kleinmachnow

25. August

Besuch eines Projekttag der Naturschutzjugend (NAJU)
in Gerswalde

**alle Termine im Überblick auf:
www.cornelia-behm.de**